Ä2 Gemeinschaft lässt sich nicht verordnen - Strukturelle Probleme angehen statt über Dienstpflichten diskutieren

Antragsteller*in: Henrike Müller (KV Bremen Links der Weser (LdW))

Titel

Ändern in:
Gesellschaftliche Resilienz stärken: Ein modernes Dienstjahr für alle

Änderungsantrag zu A2

Die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen erfordern ein nachhaltiges Umdenken, wenn es um die Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz und den sozialen Zusammenhalt geht. Angesichts vermehrter Umweltkatastrophen, des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, zunehmender Cyberangriffe, hybrider Kriegsführung sowie einer zunehmenden und teilweise aktiv betriebenen gesellschaftlichen Spaltung und Segregation ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir unsere Reaktionsfähigkeit auf all diese Herausforderungen und Bedrohungen stärken und die Bevölkerung sowohl für ein besseres soziales Miteinander als auch für neue Sicherheitsherausforderungen sensibilisieren. Es ist richtig, dass der Bund die finanziellen Grundlagen für den Wiederaufbau der Infrastruktur und die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit geschaffen hat. Doch Investitionen allein reichen nicht aus. Wir brauchen auch mehr helfende Hände, Sachverstand und Kooperation, sei es im Zivil-, Katastrophen- oder im Umweltschutz, im sozialen und gesellschaftlichen Bereich – auch, aber nicht nur während akuter Krisen.

Gerade deshalb ist die aktuelle Entscheidung der Bundesregierung, die Wehrpflicht einfach in alter Form wiederzubeleben, ein fatales Signal. Ein Pflichtdienst, der als reine Wehrpflicht, weiterhin nur Männer und nur die junge Generation betrifft und ausschließlich auf militärischen Dienst setzt, ignoriert die gesellschaftliche Realität von heute und verstärkt sogar alte Ungerechtigkeiten.

Stattdessen brauchen wir ein zukunftsfähiges Modell, das die gesamte Gesellschaft einbindet. Wir unterstützen daher die Idee eines verpflichtenden Dienstjahres für alle jungen Menschen nach Abschluss der Schulpflicht. Dieses Dienstjahr muss flexibel gestaltet sein und echte Wahlmöglichkeiten eröffnen: Einsätze etwa in sozialen Einrichtungen, im Katastrophenschutz, in Umweltprojekten, in der Pflege, in Bildungseinrichtungen, aber auch in der Cybersicherheit müssen gleichberechtigt neben einem militärischen Dienst stehen. Nur so lässt sich die Vielfalt der Herausforderungen abbilden und bewältigen, vor denen wir als Gesellschaft stehen.

Darüber hinaus wollen wir ein freiwilliges Dienstjahr für alle, die sich über das verpflichtende Dienstjahr hinaus engagieren möchten, deutlich ausbauen. Die Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft mit allen interessierten und dazu bereiten Bürger*innen ist dafür eine zentrale Voraussetzung.

Ein modernes Dienstjahr darf kein Zwang ohne Gegenleistung sein und auch nicht auf ehrenamtliches Engagement reduziert bleiben. Angemessene finanzielle Entschädigung, Anrechnung auf Rentenansprüche sowie die Anerkennung im Beruf, für Ausbildung und Studium müssen garantiert werden. Gerade junge Menschen haben Anspruch auf echte Wahlfreiheit – auch zeitlich – und darauf, dass ihre individuellen Stärken, Interessen und Pläne berücksichtigt werden. Begleitet werden sollte das Dienstjahr von Qualifizierungsangeboten, insbesondere in für zivilgesellschaftliches Engagement, Krisenmanagement, Katastrophenschutz und digitale Resilienz.

Die Bremer Grünen stellen klar: Eine Rückkehr zur klassischen Wehrpflicht ist der falsche Weg. Sie ist weder gerecht noch geeignet, die aktuellen und zukünftig absehbaren Krisen zu bewältigen. Wir setzen stattdessen auf ein verpflichtendes Dienstjahr für alle, das Wahlmöglichkeiten zwischen sozialem Engagement und Umweltprojekten, Katastrophenschutz und militärischem Dienst, eröffnet – und verzahnen es mit einem breiteren, attraktiveren Angebot freiwilliger Dienste. Nur so können wir die gesamtgesellschaftliche Resilienz aufbauen, die wir im 21. Jahrhundert wirklich brauchen.